

Garantien für die Einhaltung der Menschenrechte für Frauen versichern, bevor Mittel für den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans vergeben werden.

Wir fordern alle Mitgliedstaaten der Generalversammlung der UN auf, die Taliban-Milizen, aber auch andere militärische Gruppen, *nicht* als legitime Regierung Afghanistans anzuerkennen. Auch wenn die Taliban-Milizen den größten Teil des Landes kontrollieren, so handelt es sich doch um eine militärische Gruppe, die ihre Macht durch Gewalt und nicht durch Beteiligung und Zustimmung der afghanischen Bevölkerung durchgesetzt hat. In Verhandlungen mit Taliban oder anderen militärischen Parteien muß nachdrücklich die Wichtigkeit der Einhaltung der Menschenrechte für Frauen und Mädchen als eine Forderung für alle Vereinbarungen, die zum Frieden führen sollen, betont werden.

*Unterstützung, die wir bereits erhalten haben*

Wir begrüßen die Unterstützung, die wir von Menschenrechtsorganisationen weltweit erhalten haben, so von der Internationalen Liga für Menschenrechte, Equality Now, Amnesty International, People's Decade for Human Right Education, Working Group on the Human Rights of Women, Refugee Women in Development, Sisterhood is Global Institute, Women living under muslim Laws und UN-Behörden. In einer Presseveröffentlichung vom 7.10.1996 erklärte Butros Butros-Ghali: „Im gesamten System der Vereinten Nationen sind die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen moralisch und rechtlich bindend, einschließlich der Präambel (der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte), in der der Glaube an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau bekräftigt wird“. Der Generalsekretär stellt fest, daß die Restriktionen, die gegen Frauen und Mädchen in Afghanistan verhängt werden, „zu ernstesten Rückschlägen in den Möglichkeiten der Vereinten Nationen führen können, Hilfs- und Wiederaufbauprogramme zu erstellen“. Wir begrüßen seine nachdrückliche Bekräftigung der Grundprinzipien der Menschenrechte für Frauen und Mädchen.

Wir bitten um Unterstützung unserer Forderung nach Beteiligung afghanischer Frauen am Friedensprozeß und auf Garantien für Rechte von Frauen auf außerhäusliche Arbeit und das Menschenrecht für Frauen und Mädchen auf Bildung und persönliche Sicherheit.

Wir fordern Sie auf, weder die Talibanmilizen, noch eine andere militärische Partei als legitime Regierung Afghanistans anzuerkennen. Vielen Dank.

Islamabad, Pakistan, 15.10.1996  
*Übersetzung aus dem Englischen von  
 Malin Bode und Gisela Klein*

*Offener Brief des Journalistinnenbundes an den Präsidenten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge*  
**Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe für afghanische Frauen**

Sehr geehrter Herr Dr. Dusch,

der Journalistinnenbund und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Informationsveranstaltung am 12. November 1996 in Berlin, die sich mit der aktuellen Lage, Menschenrechtssituation und Flüchtlingsproblematik in Afghanistan beschäftigte, wenden sich an Sie mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, daß afghanische Staatsangehörige, die in der Bundesrepublik Deutschland leben oder hier eintreffen, als politische Flüchtlinge anerkannt werden und insbesondere afghanischen Frauen wegen massiver Verfolgungen aufgrund ihres Geschlechts Asyl gewährt wird.

**Begründung**

In den alten und neuen Machtgebieten der Taliban-Milizen bedrohen rigorose „islamische“ Gesetze die Menschenrechte insbesondere der Frauen. Als Angehörige der „Tabeghe-e Newan“, der „weiblichen Klasse“, werden Frauen aller Altersgruppen und Schichten gewaltsam verfolgt und an der Ausübung ihrer Freiheitsrechte gehindert.

Aber auch in den von anderen politischen Kräften kontrollierten Gebieten ist Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung an der Tagesordnung: willkürliche Gefangennahme, Folterung und Ermordung von vermeintlichen politischen Gegnern und Gegnerinnen. Bereits 1995 dokumentierte Amnesty International in Afghanistan Fälle von summarischen Hinrichtungen, Steinigungen und Amputationen von Gliedmaßen, die auf Anordnung von islamischen Gerichten durchgeführt wurden und machte dabei besonders auch auf Tötungen, Entführungen, Vergewaltigungen und andere Folterungen von Frauen aufmerksam. Seit der Machtübernahme der Taliban in Jalalabad und Kabul hat sich die Lage und insbesondere die Situation der Frauen dramatisch verschärft.

Wir bitten Sie daher dringend, sich dafür einzusetzen, daß afghanische Staatsangehörige, die bereits in der Bundesrepublik leben oder hier eintreffen, Asyl erhalten und dabei die spezifischen Verfolgungsgründe für Frauen vor allem Berücksichtigung finden.